

CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO - ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENINO - TIROLER ETSCHLAND

UFFICIO RESOCONTI CONSILIARI
AMT FÜR SITZUNGSBERICHTE

SEDUTA
104.
SITZUNG
22-4-1971

Presidente: v. FIORESCHY

Vicepresidente: BERTORELLE

VI. LEGISLATURA - VI. LEGISLATURPERIODE

INDICE

Voto n. 2:

« Regolamento e disciplina degli interventi nel settore della frutticoltura », presentato dai cons. reg. Grigolli, Ongari, Pasqualin, Vaja, Fronza ed altri

pag. 3

Mozione dei cons. reg. Virgili, de Carneri e Gouthier sulla necessità di miglioramenti nel trattamento economico e normativo del personale dell'O.N.A.I.R.C. (n. 23)

pag. 17

INHALTSANGABE

Begehrensantrag Nr. 2:

« Regelung der Eingriffe auf dem Gebiet des Obstbaus », vorgelegt von den Regionalratsabgeordneten Grigolli, Ongari, Pasqualin, Vaja, Fronza u.a.

Seite 3

Beschlußantrag über die Notwendigkeit von Verbesserungen in der Besoldung und Rechtsstellung des ONAIRC-Personals, vorgelegt von den Regionalratsabgeordneten Virgili, de Carneri und Gouthier (Nr. 23)

Seite 17

A CURA DELL'UFFICIO
RESOCONTI CONSILIARI

Ore 10.15.

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Appello nominale.

DEMETZ (Segretario questore - S.V.P.):
(fa l'appello nominale).

PRESIDENTE: Lettura del processo verbale della seduta 21.4.1971.

DEMETZ (Segretario questore - S.V.P.):
(legge il processo verbale).

PRESIDENTE: Osservazioni al processo verbale? Nessuna, il processo verbale è approvato. Adesso continuiamo con la discussione dell'ordine del giorno: **Voto n. 2:**

« *Regolamentazione e disciplina degli interventi nel settore della frutticoltura* », presentato dai cons. reg. Grigolli, Ongari, Pasqualin, Vaja, Fronza ed altri.

Ha chiesto la parola il cons. Mayr.

MAYR (S.V.P.): Herr Präsident! Meine Herren Kollegen! Assessor Dr. Steger hat in

seiner gestrigen Stellungnahme hauptsächlich auf die strukturellen und marktpolitischen Fragen Stellung bezogen, die sich aus den EWG-Maßnahmen für Italien und auch für unser Gebiet, hauptsächlich eben für den Sektor Obstbau, ergeben und vorwiegend also zu den Punkten a) und b) dieses Begehrensgesetzes gesprochen, welche hauptsächlich die gesetzlichen Anbaubestimmungen für Obst und auch die Ausmerzungsmaßnahmen für denselben Obstbau vorsehen.

Ich möchte nun ganz kurz einige grundsätzliche Erwägungen vorbringen und dann vielleicht zu den nächsten Punkten dieses Begehrensgesetzes, Punkt c), d) und 2), kurz Stellung beziehen.

Dr. Steger hat allerdings auch grundsätzliche Bedenken angemeldet, die, abgesehen von der substantiellen Ausrichtung der EWG-Maßnahmen, auch rein in formaler Hinsicht jedenfalls für den Mitgliedsstaat Italien innerhalb der EWG bestehen. Gerade vor zwei Tagen haben wir hier im Regionalrat das Problem der Ausmerzungsprämien für den Rindviehbestand, also für die Kühe, besprochen und es ist eine Tatsache, daß die innerstaatlichen Finanzierungsgesetze noch immer nicht erlassen worden sind, während jedenfalls bekannt ist, daß in anderen Mitgliedsstaaten der EWG diese Fi-

nanzierungsgesetze längst funktionieren, außerdem die Aktion als solche bereits oder fast abgeschlossen ist. Italien ist, obwohl praktisch mit dem Namen seiner Hauptstadt Rom der EWG-Vertrag verbunden ist, jedenfalls ein EWG-säumiger Mitgliedsstaat und hat es meines Erachtens noch immer nicht erfaßt, daß diese Maßnahmen, welche die Gemeinschaft erläßt, nicht nur einer theoretischen Übereinstimmung mit den Ideen des Herrn Sicco Mansholt wahrzunehmen sind, sondern in der konkreten Durchführung, wie dies auch zum Beispiel in Deutschland und in anderen Staaten ja immer sofort geschieht.

Dies nur ganz allgemein bemerkt, wobei ich nicht mehr Dinge berühren will, die Kollege Dr. Steger bereits aufgezeigt hat.

Zu Punkt c) dieses Begehrensgesetzes, wo eben auf die Erzeugerorganisation und die Intervention der Gemeinschaft verwiesen wird, möchte ich hier die Anregung geben, man soll sich also bei der Zentralregierung bzw. dann bei der Gemeinschaft jedenfalls mit Nachdruck interessieren, daß die EWG-Stützungsmaßnahmen, die auf Grund der Verordnung Nr. 159 aus dem Jahre 1966 vorgesehen sind und 3,2 und 1% eben vorsehen, etwas schneller zugewendet werden und nicht so lange auf sich warten lassen. Besonders in Südtirol, wo derzeit zwei Erzeugerorganisationen bestehen, der VOG (Verband der Obstgenossenschaften) und die ESO (also die Erzeugergemeinschaft Südtiroler Obstproduzenten), die insgesamt etwa 30.000 Waggon Obst produzieren oder jedenfalls einschließen, zeigt sich außerdem ein sehr starker Bedarf für die Beiträge, für die Modernisierung von Anlagen, für die Verarbeitung von bestimmten Produkten.

Und nun komme ich gleich zum Punkt d) dieses Antrages, dieses Gesetzesantrages, wobei ich praktisch bereits eine Stellungnahme hier

wiederhole, welche Dr. Dalsass anlässlich der Haushaltsdebatte hier vorgebracht hat als konkrete Möglichkeit, daß man hier die sogenannte Ausschußware für Obst entsprechend verwerten kann. Der VOG hat ja in Leifers bekanntlich einen Verwertungsbetrieb, der einigermaßen funktioniert. Allerdings glaube ich, müssen wir danach trachten, die Ausschußware, welche ja vom Markt herausgezogen wird, um die marktgängige Ware jedenfalls abzusetzen, also die Qualität abzusetzen, müssen wir uns mehr darauf verlegen, die Ausschußware hier entsprechend zu verwerten, zu verarbeiten. Und diesbezüglich glaube ich, fehlt aber nicht die Initiative, welche teilweise nur gegeben ist, aber ich glaube, die Hauptschwierigkeiten auf diesem Gebiet bestehen in der Forschung des Marktes; nicht die Produktion, sondern die Marktforschung dürfte das Ausschlaggebende sein. Und ich laube, daß es nicht allzu viel kosten würde, wenn man hier entsprechende Untersuchungen anstellen könnte. Die staatlichen Mittel — 12.500 Millionen, glaube ich, sind vorgesehen — reichen ja bestimmt nicht aus, um solche Verwertungsanlagen zu errichten. Aber ich glaube, daß es trotzdem notwendig ist, daß wir mehr für die Ausschußware, jedenfalls die Nebenprodukte, die dabei erstellt oder produziert werden könnten, mehr Augenmerk darauf legen müssen.

Der Punkt e) dieses Begehrensgesetzes bezieht sich hauptsächlich auf die Werbung für den Sektor Obstbau. Sicherlich ist ein gezielte Werbung das Um und Auf heute auf allen Sektoren der landwirtschaftlichen Produktion, nicht nur für den Obstbau, sondern auch Weinbau, Molkereiprodukte und dergleichen mehr, besonders aber für die krisenanfälligen Sektoren.

Man könnte aus diesem Begehrensentwurf, wenn man die Summe zieht, etwa auch

herausfinden, daß man nun in der Region Trentino - Südtirol eine Art regionale Werbung einführen möchte, indem man von Regionalmarke spricht und dergleichen mehr. Nun muß ich hier vermerken, daß heute eine regionale Werbung — also, wo man Südtiroler Obst mit dem Trentiner Obst zusammenlegt oder sogar Wein und dergleichen mehr — jedenfalls für Südtirol genauso schadet, wie sie nützt. Ich glaube, daß beide Provinzen qualifizierte Produkte haben — also die Provinz Trient auf allen Sektoren selbstverständlich: Wein, Obst, Molkereiprodukte, auch die Provinz Bozen — und ich glaube, daß die Werbeaktion nun getrennt nach diesen Provinzen eine Ausrichtung erfahren muß. Wenn sich diesbezüglich in der . . .

Unterbrechung.

MAYR (S.V.P.): Bitte? . . . Wenn sich diesbezüglich letzthin in der Regionalregierung etwas getan hat und eine Kommission gebildet worden ist, ist gleich in dieser Kommission festgelegt worden oder erkannt worden, daß die « uniformità della produzione » nicht gegeben ist. Und infolgedessen, glaube ich, wird es auch aus politischen Gründen, heute mehr denn je angebracht sein, daß man ohne weiteres die Frage der Werbung studiert — damit einverstanden! —, sie so studiert, um morgen beim Übergang der Zuständigkeiten Handel und Landwirtschaft auf provinzieller Ebene gesetzlich zu regeln mittels einer provinziellen Schutzmarke, um dann hier eben Südtiroler Obst und Wein und alle seine landwirtschaftlichen Produkte abzusetzen und auch jene qualifizierten Produkte mit eigener Werbung und Schutz- oder Gütezeichen aus der Provinz Trient.

Grundsätzlich möchte ich aber zur Werbung etwas erwähnen: Im allgemeinen muß man erkennen, daß die Werbung — sofern sie ausschließlich von der öffentlichen Verwaltung betrieben wird — etwas wirklichkeitsentfernt sich zeigt. Ich möchte sagen, es besteht sehr oft wenig Kontakt mit dem Marktgeschehen als solchem. Und hier sollte man vielleicht die Idee aufgreifen, diese Werbemittel von der Region, die zur Zeit ausgeworfen werden, vielleicht den Erzeugerorganisationen zur Verfügung zu stellen, welche mit eigenen Mitteln auch noch intervenieren können und dann wirklich dort die Werbung betreiben, wo sie eine Funktion zu erfüllen hat. Ich glaube, hier würde die Region eine Arbeit los und sie würde bei gleichem Einsatz von Mitteln jedenfalls gezieltere Ergebnisse hervorrufen können. Ich glaube, daß dieser Gedanke nicht nur für den Sektor Obstbau, sondern auch was die Werbeaktion für Weinbau, für die Molkereiprodukte und für alle landwirtschaftlichen Produkte schlechthin gilt.

Abschließend möchte ich vielleicht noch einen anderen Gedanken aufwerfen: Es handelt sich hier um ein Begehrensgesetz, zu dessen Inhalt Dr. Steger gestern bereits grundsätzliche Bedenken, aber doch auch eine grundsätzliche Zustimmung angemeldet hat. Nur kann ich mir schwerlich erklären, daß Begehrensgesetze, welche bisher seit 1948 bis heute herauf in unserem autonomen Leben kaum einmal im italienischen Parlament eine Beachtung gefunden haben, daß ausgerechnet dieser Entwurf nun eine Beachtung finden sollte, wo wir doch genau wissen, daß wir hier in der Region Trentino - Südtirol noch etwas EWG-empfindlicher sind, aber daß man im italienischen Parlament jedenfalls sehr weit von einer solchen Empfindlichkeit gegenüber den Maßnahmen der Wirtschaftsgemeinschaft lebt. Und ich muß auch einmal den Gedanken aufwerfen: Vielleicht

wäre es einmal angebracht, einen Beschlußantrag einzubringen, die Zentralregierung möchte einmal uns Bescheid darüber geben, was mit den gesamten Begehrensgesetzentwürfen, die hier verabschiedet worden sind, geschehen ist. Ich weiß nicht, sind die Vertreter des Parlaments in ihrem politischen Wirken schon so weit dem regionalen Empfinden entschwunden, daß kein Begehrensgesetz in Rom seine Beachtung findet. Nachdem diese Tatsache gegeben ist, möchte ich den zuständigen Assessor wirklich mit Nachdruck ersuchen, daß diese spärlichen Ausrichtungen, die wir hier auf diesem Dokument festgehalten haben, zumindest eine entsprechende Beachtung finden mögen und daß es sich nicht nur um ein Begehrensgesetz handelt, welches dann seinen Lauf nimmt, aber kaum eine Durchführung in Rom erfährt.

(Signor Presidente! Colleghe e colleghi! L'assessore provinciale dott. Steger nella sua presa di posizione di ieri si è occupato soprattutto delle questioni strutturali e della politica di mercato connesse con le misure dettate dal MEC per il settore frutticolo, provvedimenti che riguardano lo Stato italiano e di conseguenza anche il nostro territorio; il consigliere Steger si è quindi riferito prevalentemente ai punti a) e b) del presente voto, che prevedono norme per la frutticoltura, nonché misure atte a favorire l'estirpazione di frutteti.

Mi si permetta perciò di fare alcune essenziali considerazioni e di prendere brevemente posizione in merito al punto c), d) e 2). Il dott. Steger ha messo in evidenza come, a prescindere dalla sostanziale attuazione delle misure del MEC, sussistano per l'Italia nell'ambito della CEE gravi difficoltà persino d'ordine formale. Due giorni or sono abbiamo discusso in questa sede il problema dei premi relativi all'abbattimento dei bovini lattiferi ed è un dato

di fatto che fino ad oggi non sono state emanate le necessarie leggi finanziarie, mentre, come noto, negli altri Stati membri si è già provveduto ad erogare suddetti contributi, ed inoltre la relativa azione del menzionato abbattimento si è già pressoché conclusa. L'Italia che con il nome della sua capitale di Roma è vincolata all'accordo del Mercato Comune Europeo, ha dimostrato una certa morosità nell'applicare le misure della CEE, non avendo essa probabilmente compreso che i provvedimenti presi dalla menzionata Comunità non debbano corrispondere soltanto teoricamente alle idee del signor Sicco Mansholt, ma che invece vengano attuate concretamente, come avviene ad esempio negli altri Stati membri, che provvedono tempestivamente ad applicare suddette misure.

Ho voluto fare questa generica osservazione pur non intendendo di entrarvi in merito e ciò per non dover ripetere quanto già esposto dal collega Steger.

In merito al punto c) del presente voto, concernente la organizzazione dei produttori, nonché l'intervento finanziario del MEC, desidero invitare gli organi responsabili di interessarsi con insistenza presso il Governo nella fattispecie presso la Comunità, onde sollecitare l'elargizione dei contributi del 3,2 e dell'1%, di cui al decreto della CEE dell'anno 1966 n. 159, in quanto fino ad oggi si sono registrati notevoli ritardi. Specialmente in Alto Adige, che vanta due organizzazioni di produttori e cioè la federazione dei Consorzi frutticoli (VOG) e l'Unione dei produttori frutticoli (ESO), le quali producono o perlomeno raggruppano annualmente 30.000 vagori di frutta, i menzionati contributi sono attesi con una certa urgenza per l'ammodernamento degli impianti e per la lavorazione di certi prodotti.

Per quanto concerne il punto d) del pre-

sente documento, vorrei ripetere praticamente quanto esposto dal dott. Dalsass nella sua presa di posizione, che risale al dibattito sul bilancio e cioè che sussiste la concreta possibilità di utilizzare la frutta di scarto. La federazione dei Consorzi frutticoli dispone a Laives di un'apposita azienda in certo qual modo funzionante. Tuttavia dovremmo cercare di utilizzare la merce di scarto che viene rifiutata dal mercato per facilitare la commercializzazione della frutta di qualità. A tal proposito non mancano le iniziative, che in parte sono già state attuate, ma a mio avviso le maggiori difficoltà si riscontrano nel settore della ricerca di mercato; non la produzione dunque, ma suddetta ricerca è in questo caso il fattore determinante. Non credo che una simile indagine richieda l'impiego di notevoli mezzi finanziari. I contributi statali, che ammontano — se non erro — a 12.500 milioni, sono insufficienti per l'approntamento di aziende per la lavorazione della frutta. Ciononostante dovremmo concentrare di più la nostra attenzione sulla merce di scarto e sui prodotti derivanti dalla lavorazione della stessa.

Il punto e) del presente voto concerne soprattutto la pubblicità per il settore frutticolo. Sicuramente per il settore della produzione agricola, dunque non solo per la frutticoltura, ma anche per la viticoltura, per i prodotti lattieri ecc. e soprattutto per qualsiasi settore in crisi, un'adeguata propaganda è di essenziale importanza.

Al documento in parola si potrebbe inoltre dare un'altra interpretazione e cioè che nella Regione Trentino - Alto Adige si tende a dar vita ad una forma di pubblicità regionale, considerato che si desidera introdurre per il nostro territorio una marca di qualità ecc. Mi si permetta però di osservare che oggi giorno una propaganda sul piano regionale per i prodotti frutticoli altoatesini e trentini risulterebbe

per la nostra Provincia più dannosa che vantaggiosa. Credo che ambedue le Province dispongano di prodotti di qualità in tutti i settori, come il vino, la frutta ed i prodotti lattieri, per cui ritengo che l'azione pubblicitaria dovrebbe essere attuata sul piano provinciale. Se a tal proposito . . .

Interruzione.

MAYR (S.V.P.): Prego? . . . Se a tal proposito la Giunta regionale ha intrapreso qualche cosa, insediando un'apposita commissione, la quale ha riconosciuto che non sussiste l'uniformità della produzione, credo proprio che per motivi politici sia opportuno studiare il problema pubblicitario. Su questo punto concordo pienamente, tuttavia il menzionato studio dovrà essere fatto in modo tale, da permettere un domani, all'atto del trasferimento delle competenze, concernenti il commercio e l'agricoltura, di regolare la questione mediante una legge sul piano provinciale, istituendo all'uopo una marca di qualità, che favorisca la commercializzazione della frutta, dei vini e di tutti i prodotti altoatesini, garantiti da un proprio marchio di qualità e propagandati attraverso un'azione pubblicitaria provinciale. Lo stesso dicasi per il Trentino.

Per quanto riguarda però suddetta propaganda desidero fare un'essenziale osservazione: mi si dovrà pur dare atto che la pubblicità curata esclusivamente dall'amministrazione pubblica, appare sempre distaccata dalla realtà, vale a dire che spesso non ci si preoccupa di aggiornarsi circa gli avvenimenti del mercato come tale. Sarebbe dunque opportuno accarezzare l'idea di concedere i mezzi finanziari regionali, che attualmente si impiegano per suddetta pubblicità, alle organizzazioni dei produttori, le

quali potrebbero svolgere, aggiungedovi propri mezzi, una propaganda più consona allo scopo. Credo proprio che in tal modo la Regione verrebbe sollevata da un impegno, ottenendo comunque con la stessa spesa migliori risultati. Questa mia proposta non vale soltanto per il settore frutticolo, ma bensì anche per quello viticolo, lattiero, nonché per tutti gli altri prodotti agricoli.

Prima di concludere mi si permetta aggiungere quanto segue: noi stiamo trattando un voto, in merito al quale il dott. Steger nella seduta di ieri ha espresso essenzialmente parere favorevole, pur mettendo in luce certe sue perplessità. Personalmente non riesco a spiegarmi come il Parlamento italiano, che dal 1948 fino a tutt'oggi non ha mai fatto propria una legge voto della nostra Regione autonoma, pur sapendo come la Regione Trentino - Alto Adige abbia dimostrato maggior sensibilità per i provvedimenti del Mercato Comune Europeo, mentre il massimo organo legislativo italiano è ben lontano dal manifestare simile sensibilità, non riesco comunque a spiegarmi, ripeto, come il Parlamento possa accettare proprio questo voto. Ritengo comunque opportuno che il Consiglio approvi una mozione diretta al Governo centrale per conoscere le sorti delle nostre leggi voto. Non so se i rappresentanti del Parlamento siano divenuti nella loro attività politica talmente insensibili alle questioni regionali, da non prendere in esame nemmeno una delle menzionate leggi voto. In considerazione di questo dato di fatto desidero raccomandare al competente assessore che queste poche indicazioni, fissate nel presente documento, vengano tenute nella dovuta considerazione; spero comunque che non si tratti soltanto di un semplice voto, destinato a compiere il proprio corso senza che peraltro gli organi di Roma si preoccupino ad attuarlo.)

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola? Se nessuno chiede la parola, dichiaro chiusa la discussione generale. La parola all'assessore Ongari.

ONGARI (Assessore agricoltura - D.C.): Signor Presidente, signori consiglieri. Io vorrei cominciare dall'ultima, ultimissima affermazione del cons. Mayr, cioè dalle considerazioni che ha fatto sul disegno di legge-voto, per dire che non è un disegno di legge-voto, ma è un voto, o c'è un motivo ben preciso. A parte la difficoltà tecnica di congegnare un disegno di legge-voto, che avrebbe richiesto articoli, impegni di spesa ecc., questo voto vuole essere, se approvato, come ritengo, date le dichiarazioni che si sono udite fino ad ora dal Consiglio regionale, intende essere una forma di appoggio a un'azione che è già stata fatta da parte nostra, in quanto noi eravamo stati richiesti nell'autunno dal Ministero di esporre il preciso orientamento della Regione in merito alle ultime disposizioni, piuttosto restrittive, della commissione della CEE, per quanto concerne soprattutto la frutticoltura e le forme di aiuti e di interventi ammessi e non ammessi, per la frutticoltura. Ora, siccome la serie degli interventi non ammessi è piuttosto lunga, e le forme ammesse sono praticamente due, cioè quella dell'estirpazione dei frutteti e quella per le calamità naturali, e gli altri aiuti sono quasi tutti vietati, noi avevamo fatto un lungo esposto al Governo, che ricalcava grosso modo le indicazioni di questo voto. Ora intendiamo che il Consiglio regionale, facendo proprio questo voto, dia ulteriore forza, appoggi ulteriormente queste nostre indicazioni che abbiamo già dato al Governo, che il Governo in buona parte ha recepito, perché poi ci è stata inviata la risposta del Governo italiano alla commissione, risposta piuttosto dura, forse

la più dura che io abbia visto, e di sostanziale discordanza. Quindi in parte questo nostro orientamento è stato recepito, ma ci premeva sottolineare anche quelle alcune cose che sono dette qua, e che riguardano la politica agraria e della comunità e del governo italiano. Il cons. Manica, mi pare, ha detto che il voto in discussione rappresenta un atto di impotenza, e di fatti lo è; è ovvio che un voto di questo genere presentato dalla Giunta rappresenta un atto di impotenza, cioè rappresenta la formulazione da parte della Giunta di ben precise richieste, che vanno al di là di quelli che sono i nostri normali poteri. Mi pare che anche il cons. Steger ha sottolineato questo, in altra forma, cioè ha detto che, con le sole nostre forze, i problemi che ci si presentano non sono risolvibili, richiedono una impostazione ben precisa, e da parte del Governo nazionale, e nell'ambito comunitario. Perché una programmazione regionale non ha nessun senso e non serve a niente, se non è accompagnata da una programmazione nazionale, in cui si è opportunamente inserita e in cui determinate scelte siano rispettate. Mi pare che Avancini abbia detto: « andando a Trieste ho visto dei frutteti da Mestre in là » e io ho allargato le braccia e il cons. Avancini ha osservato: « assessore, allargo le braccia anch'io ». Questo è un esempio banale, se volete, di quello che intendo dire, cioè non serve che noi programmino se non programmano anche gli altri. Il fare una cosa noi, anche fatta bene, non serve, se non è fatta in un contesto nazionale e supernazionale. Ora, questa è la nostra impotenza. Quando noi chiediamo che vengano delimitate delle zone, ci rendiamo conto che è difficile, come il cons. Steger, che ci possono essere anche delle controindicazioni e degli inconvenienti, ma riteniamo anche che sia indispensabile, perché altrimenti fin che si va tutti a ruota libera succede quel che è successo fino

adesso; succede quello che è successo quando si è impiantato indiscriminatamente, senza tener conto nella maniera più assoluta delle vocazioni frutticole, tenendo conto solo della quantità e della produzione, del beneficio immediato, fatto che ci ha portato in campo comunitario e in campo nazionale a una disordinata espansione della frutticoltura e ad aumenti di produzione che non riescono a venire assorbiti dal mercato. La crisi di quest'anno, e non è casuale, ha coinvolto difatti soprattutto le pere. Ora, io vi posso dare dei dati: in 10 anni la produzione delle pere è passata nella nostra Regione da 776.000 quintali a 1 milione di quintali, con un aumento del 40%, mantenendo comunque un discreto equilibrio fra produzione di pere e mele, un equilibrio che viene considerato ottimale nel rapporto 1-4 1-5, e noi siamo nel rapporto da 1 a 4; un milione di quintali di pere, 4 milioni di quintali di mele. In campo nazionale siamo passati da 6 milioni di quintali a 19 milioni di quintali, quindi con un aumento del 300%, e portando il rapporto pere e mele a 1 a 1. La produzione '70 è stata di 19 milioni di quintali di pere e 20 milioni di quintali di mele. E questo non è casuale, questo è successo perché a un certo momento la pera estiva dava un certo reddito, e quindi c'è stato veramente una disordinata corsa agli impianti, che ha portato a questi risultati. A questo aggiungiamo che la stessa cosa è successa in genere per la frutticoltura nell'area del MEC. Ora il cons. Virgili dice, a parte le altre critiche di politica generale che ha rivolto, dice che la tesi — che il prezzo sia legato all'abbondanza o meno di produzione non è una tesi sostenibile. Si può sostenere l'altra, si può dire che non c'è eccedenza di produzione, ma sottoconsumo. Comunque, tutto sommato, dal punto di vista commerciale è la stessa cosa. Se il mercato non assorbe un deter-

minato quantitativo, diciamo pure che c'è sottoconsumo, però è estremamente difficile riuscire ad aumentare i consumi. Noi ce ne siamo accorti proprio in occasione della crisi estiva delle pere. Ci sono parecchi fattori che coincidono a volte, e che orientano in maniera stranissima le scelte del consumatore. Non è vero neanche che il basso prezzo aumenta in maniera veramente considerevole il consumo; lo aumenta, ma in maniera direi, l'abbiamo visto quest'estate e l'abbiamo controllato, non molto rilevante: occorrerebbe probabilmente una notevole educazione dei consumatori. E' stato constatato che . . .

VIRGILI (P.C.I.): Una nuova rete distributiva!

ONGARI (Assessore agricoltura - D.C.): D'accordo sulla rete distributiva, ma ci sono di mezzo le teste dei consumatori. Ci siamo accorti che il consumatore di fronte al mercato che offre contemporaneamente, e questo è successo quest'estate, per vicende stagionali: una bella estate, una maturazione anticipata, che offre contemporaneamente, dicevo, pere, pesche, uva, a prezzi diversi, la più cura è l'uva, poi le pesche e poi le pere, nonostante il prezzo. Ora io non dico che con una educazione del consumatore si possa anche arrivare ad aumentare il consumo, dico che però quando sul mercato ci si ritrovano, come quest'anno sul mercato italiano, 5 milioni di quintali di pere in più dell'anno scorso, con una produzione in Germania notevole, con una produzione in Francia notevole, è difficile far ingoiare agli italiani 5 milioni di quintali di pere, perché se fate il conto vien fuori un sacco a testa, che è molto. Ora, in questa situazione, per ridimensionare la produzione, che è aumentata in maniera spropor-

zionata alla richiesta del mercato, per una serie di investimenti a frutteto, non programmati, allora non c'è nessun altro mezzo che ridurre la produzione. Io sono d'accordo anche sul fatto che fa male vedere distruggere tanto ben di Dio, però ricordo un articolo di parte non sospetta, perché era del senatore Manlio Rossi Doria, il Presidente della commissione agricoltura del Senato, socialista, il quale diceva che fenomeni di distruzione se ne sono sempre avuti. L'articolo era uscito su un settimanale proprio all'epoca della crisi delle pere Williams, quando si vedevano tutte quelle montagne di frutta da distruggere, soprattutto nell'Emilia, perché guardate, per inciso, mentre sono stati ritirati dal mercato complessivamente quest'anno 5 milioni di quintali di pere, nel Trentino sono stati ritirati 15.000 quintali, destinati a istituti di beneficenza e niente in Alto Adige. Quindi bisogna dire che la crisi ci ha toccato pochissimo e che è stata soprattutto gonfiata, e che comunque se ha toccato qualcuno ha toccato quelli non cooperativizzati e che non possedevano strutture di conservazione; comunque questi 5 milioni di quintali di pere ritirate corrispondono ai 5 milioni di quintali di produzione in più. Il che vuol dire che il mercato è stazionario. C'è ancora un'altra considerazione statistica, che è interessante fare, basta prendere in mano i dati dei ritiri in campo MEC. Ogni qualvolta in Germania c'è un'alta produzione, come quest'anno, c'è di conseguenza una minor richiesta internazionale, segnatamente tedesca, in corrispondenza a questa alta produzione. Se poi essa è accompagnata da una produzione normale o piuttosto abbondante di pesche, c'è una minor richiesta anche in campo nazionale e quindi aumentano immediatamente, con punte anche molto elevate, i ritiri Aima in Italia. Il che vuol dire che il mercato è tutto collegato, che quei problemi che ci assillano, noi, a livel-

lo regionale, non siamo in grado di risolverli. Questo è il senso, collega Manica, della nostra impotenza. Noi diciamo che sia gli impianti, sia le colture in genere, sia i ritiri, sia i premi per i ritiri, sia i premi per l'estirpazione, devono essere programmati, programmati in maniera diversa, tenendo conto, come si dice in questo voto, che certe zone possono tranquillamente produrre altre cose, con un reddito pari, o superiore, che certe zone hanno determinate vocazioni, certe altre non le hanno e sono votate per altre produzioni. Quindi nel momento in cui si incentivano produzioni in zone che non ne sono vocate, ma che riescono a produrre, perché la pianura è fertile e l'agricoltura in pianura è molto più facile, almeno dal punto di vista produttivo, dal punto di vista della competitività dei prezzi, alla lunga si scompensa tutto il sistema. Il collega Virgili ha accennato anche alla necessità di una maggiore esportazione, e in uno dei suoi emendamenti, che praticamente ha illustrato ieri, dice che si dovrebbe poter esportare, come Regione, nei paesi dove c'è maggior richiesta di consumo. Io mi auguro che questo sia possibile, anche se ho dei dubbi sulla competenza. E' stato fatto, l'ha accennato ieri il cons. Avancini, a livello di singolo consorzio. Noi sappiamo però questo sicuramente, che da qualche paese dell'Est, diciamo per esempio l'Ungheria, diciamo la Jugoslavia per quanto riguarda le prugne e le susine, entrano prodotti nei Paesi del MEC e quell'accenno alla non esatta adempienza, da parte di alcuni paesi del MEC, delle discipline comunitarie, si riferisce proprio anche a questo, perché entra merce dai paesi terzi, qualche volta a prezzi molto inferiori a quelli che sono i nostri. In quelle Regioni evidentemente la manodopera costa molto meno, e il prezzo di produzione è molto più basso, oppure c'è un prezzo politico per necessità di esportazio-

ne, e non è detto che questi tipi di importazione da paesi terzi, non vengano pagati dall'agricoltura e che poi vadano a beneficio delle industrie per compensazioni industriali, cioè per esportazioni che sono quasi sempre di carattere industriale, macchine, manufatti ecc. Questo per inciso. Inoltre abbiamo constatato un'altra cosa, oltre alla eccedenza di produzione, che porta fatalmente, come ha portato, alla distruzione, ma anche questo non è un fatto nuovo, anche se, come dicevo, fa male vedere distruggere così della frutta. Infatti è sempre successo, ed io ricordo, è uno dei miei primi ricordi di ragazzino, ricordo di aver visto una montagna di prugne bianche, a Verona, nel '35, credo, o nel '34, che venivano buttate sulla concimaia, perché il proprietario voleva 10 centesimi al chilo e il mercato di Verona in quel momento offriva 5 centesimi, e 5 centesimi non erano sufficientemente remunerativi per portare tutta quella roba a Verona. Parlo del '35. Ora diceva in quell'articolo che ho citato prima, Manlio Rossi Doria, che fenomeni di distruzione, anche se non così appariscenti perché organizzati, ci son sempre stati, e ci son sempre stati soprattutto per il fatto che un tempo mancavano le strutture di conservazione, e quindi c'era un mucchio di roba che andava a male, e quindi c'è sempre stato uno spreco enorme di merce che avrebbe potuto finire sul mercato e contribuire a mantenere un prezzo basso, che invece è andata perduta. Comunque, a parte questo aspetto, dicevo che c'è un'altra considerazione, ed è questa: noi abbiamo constatato che nel Trentino - Alto Adige sono stati ritirati solo 15.000 quintali, confronto a quella cifra enorme che ho esposto per quanto riguarda il resto d'Italia, soprattutto l'Emilia - Romagna. Abbiamo constatato che a due mesi di distanza, cioè parlo dell'ottobre, di fine ottobre, c'era una richiesta notevolissima

di pere estive, ma non ce n'era più un chilo. Se ci fossero state nei magazzini si potevano vendere ad alto prezzo. Abbiamo constatato che nella primavera '70 il CONCOPIRA, cioè l'associazione produttori di Trento, aveva fatto contratti per 50.000 quintali a 52 lire il kg. Riuscì a tre mesi dal raccolto, e poi fino al raccolto, a coprire e ad assicurarsi e ad accaparrare 20.000 quintali, perché a distanza di due mesi, tre mesi dal raccolto, sembrava che il prezzo non fosse sufficientemente remunerativo, salvo poi aver venduto magari a 30 o a 25 o a 20 lire. Abbiamo constatato ancora che la frutta di bella qualità, e questo l'ha sottolineato anche il cons. Avancini, di bella pezzatura, è stata venduta bene, abbiamo constatato che si son trovati in difficoltà tutti quelli che agiscono da soli, e quindi sono maggiormente in balla del commerciante. Che ci sia, come diceva il cons. Virgili, una certa speculazione da parte del commerciante è ovvio, è evidente, ma l'unica maniera è proprio quella di opporre al commerciante, non il singolo produttore, ma l'associazione dei produttori. C'è una certa possibilità di calmierare il mercato, ma può essere attuata solamente da grossi complessi associativi, i quali dispongano di grossi quantitativi di produzione, da trattare globalmente. Ora, non siamo ancora arrivati e per difficoltà organizzative e per quella difficoltà che c'è nell'ambiente contadino ad associarsi, il quale cerca l'associazione, ma quando la cerca? nel momento in cui le cose vanno male; nel momento in cui le cose vanno bene, e quando i Golden si vendono a 140 lire, se solo può se li vende per conto suo ancora a scendi albero. Nel momento in cui c'è la crisi, e le cose vanno male, allora o si cerca la Regione o si cerca l'associazione produttori, o si cerca il consorzio, ma evidentemente non è questo il modo per poter riuscire in maniera effi-

ciente a calmierare il mercato. Il mercato si può calmierare nel momento in cui le associazioni produttori possono disporre di tutto il quantitativo prodotto, o di gran parte del quantitativo prodotto. Allora possono anche condizionare i prezzi, allora possono mettere il prodotto sul mercato in un momento piuttosto che in un altro. E a questo proposito, ringrazio il cons. Avancini per aver sottolineato l'utilità dei magazzini che sono stati creati, e pensavo di poter portare avanti anche gli altri, perché veramente abbiamo constatato che servono non quando le cose vanno bene, ma servono soprattutto nei momenti in cui il mercato è difficile. Quando è indispensabile tener lì le Williams un mese, perché le Williams non si conservano neanche una settimana, per poter aspettare che il mercato tiri un po' di più, se ci sono queste strutture di conservazione è possibile conservarle e giostrare sul mercato, altrimenti evidentemente non è possibile, e allora è chiaro che il commerciante paga 20 e poi 18, e poi dice che non le vuole più e costringe il contadino a sven- dere a qualsiasi prezzo. Ora, problemi di questo genere possono essere affrontati solo in parte da noi. Quando noi abbiamo approntato le grosse strutture, noi abbiamo già fatto la nostra parte, quando abbiamo mantenuto un certo equilibrio nella produzione, abbiamo fatto la nostra parte, ma se non è tutto inserito in un contesto più vasto, se non è inserito soprattutto in un contesto più vasto il problema della commercializzazione, che è il più difficile, tanto è vero che il collega Manica ha detto che l'impostazione è velleitaria, così come è stata data nel voto, e io mi rendo conto che è estremamente difficile, però penso che nessun altro organismo, al di fuori dell'associazione dei produttori possa eventualmente tentare una azione di questo genere, purché abbia gli strumenti per farlo, e purché le associazioni dei

produttori riprendano a funzionare. Infatti le associazioni dei produttori erano il presupposto anche di una certa politica dei prezzi che può essere discutibile, e lo è, fatta fino in questo momento; l'associazione dei produttori doveva dare l'indirizzo, calmierare il mercato, fare qualche ritiro proprio per mantenere equilibrato il mercato, mantenendo l'equilibrio tra offerta e richiesta. Ora, non possiamo certamente dire che, soprattutto in Italia, fino a questo momento le associazioni abbiano granché funzionato, se non per i ritiri. E rispondendo al cons. Avancini, il quale non so se chiedeva dei ritiri Aima o se chiedeva della liquidazione del premio di distillazione per la frutta grandinata, non ho capito bene, ma se intendeva parlare dei ritiri Aima, posso dire che gli interventi del 1970, da parte dell'Aima, sono stati tutti liquidati ai produttori, e vi posso dire anche in che misura: sono stati liquidati 493 milioni al CONCOPIRA di Trento, 805 milioni al V.O.G. di Bolzano. Questo per quanto concerne i ritiri dal mercato. Mentre invece restano da liquidare i premi di distillazione previsti dal fondo di solidarietà. C'è un'ultimo aspetto poi, ed è quello toccato anche dal cons. Mayr e da altri, che riguarda la pubblicità da dare ai nostri prodotti. Il cons. Mayr non è d'accordo sul marchio regionale. Va bene, facciamone due provinciali, ma non andiamo a fare i marchi paese per paese; guardate che si sta costituendo una associazione in Emilia, per tutta l'Italia settentrionale, perché le dimensioni delle pubblicità sul piano finanziario sono tali, da richiedere centinaia di milioni per essere efficienti. Ora a noi è stato richiesto di aderire, adesso vedremo se sarà il caso o meno, perché abbiamo anche noi certe preoccupazioni, siamo d'accordo anche noi che la nostra frutta è diversa da quella dell'Emilia Romagna. Se ascoltate i bollettini del mercato

alla sera alle 8, al mercato di Milano ci sono normalmente due quotazioni, per esempio per le golden: una per le golden del Trentino - Alto Adige e una per la golden dell'Emilia-Romagna, con una certa diversità di prezzo. Ne siamo talmente convinti che riteniamo che un marchio si debba fare, e si debba fare tenendo conto delle nostre peculiari caratteristiche, ma direi non andiamo al di là delle Province, perché se dobbiamo fare un marchio per ogni comprensorio, per ogni paese o per ogni zona, allora evidentemente il marchio perde di significato. Siamo d'accordo anche che si debba fare una certa ricerca di mercato, così come è stato chiesto. Penso sia estremamente importante questa azione, però ricordiamoci che siamo in ambito comunitario, e non in ambito comunale. Per quanto riguarda gli impianti di utilizzazione industriale, anche è un problema che richiede un certo studio, perché alcuni ne esistono, e la produzione della Regione è quella che è. Noi però abbiamo in Alto Adige già l'associazione dei produttori che possiede degli impianti, e che ha un progetto finanziato dal FEOGA per l'ampliamento per una cifra notevolissima. Ora, se sarà fatta questa ricerca di mercato, se si vedrà che è utilizzabile la nostra frutta per determinate trasformazioni industriali, può darsi che quell'impianto possa essere sufficiente per la Regione. In ogni caso io direi che se si deve pensare a impianti di distillazione o ad altri tipi di impianti di trasformazione industriale, bisogna pensarci a livello di organizzazione dei produttori interregionali, perché la nostra Regione ha la produzione che ha, non parliamo della Provincia, e la frutta da utilizzare è quella che è: noi sappiamo che gli impianti esistenti si riforniscono già altrove. Ritengo così in linea di massima, di aver risposto, di aver puntualizzato quanto è stato accennato dai vari interventi. Io direi che il senso di questo voto è

quello che dicevo prima, che deve spingere a risolvere in sede nazionale, prima di tutto, e in sede comunitaria alcuni problemi. E' necessario che più che in sede regionale, in sede nazionale venga posto mano ad alcuni problemi: prima di tutto al controllo degli impianti. Sarà una forma di imposizione, ma comunque si richiede la delimitazione di certe zone. Il controllo degli impianti, che oggi come oggi riguarda la frutticoltura, tra non molto tempo riguarderà anche la viticoltura. Qualcuno ha osservato che si vedono impiantare dei nuovi vigneti; noi, come azione promozionale, cerchiamo solo di sostituire i vigneti, di sostituire con vigneti di qualità quelli esistenti, però mi risulta che nel resto della penisola, e parlo in particolare della Toscana e di altre zone, sono stati messi a dimora qualcosa come 30.000 ettari di vigneto, negli ultimi due anni, con progetti FEOGA. Ora questo è estremamente pericoloso, perché ci può portare nel giro di breve tempo a una situazione analoga, anche se ci sono disposizioni comunitarie molto più restrittive per i vigneti, a una situazione analoga a quella della frutticoltura. Occorre poi tendere a produzioni di qualità, eliminando lo scarto, prima nella produzione, poi dove non è possibile nella produzione, con impianti industriali di utilizzazione. Occorre maggior presenza delle associazioni produttori, e occorre un'opera veramente certosina di convincimento perché tutti aderiscano alle associazioni produttori. Bisogna che quanto meno questo si faccia presente ogni volta che le cose vanno male e i contadini non associati vengono a presentare richieste a noi. Occorre infine una migliore saldatura fra la produzione e l'industria di trasformazione. Se questa è in mano a complessi cooperativi, che si occupano anche della produzione, tanto di guadagnato, ma comunque se la produzione è in mano alle associazioni dei produttori in maniera tale che

la possono controllare quasi completamente, il discorso di questa saldatura può essere fatto dalle associazioni dei produttori nei confronti dell'industria di trasformazione. Occorre infine una maggior presenza sui mercati esteri e, ho visto con piacere, anche se non conosco il testo e non so esattamente come quei 175 miliardi stanziati alcuni giorni fa dal governo per l'agricoltura nel '71 verranno messi a disposizione, ho visto con piacere che nelle dichiarazioni del ministro Natali si fa esplicito cenno ad azioni di propaganda. Quindi se una volta tanto lo Stato mettesse a disposizione o facesse, almeno parzialmente, in proprio, ma meglio se mettesse a disposizione fondi per questa azione di promozione all'interno ed all'esterno, uno di quei desideri espressi nel voto sarebbe già accolto. Confido pertanto che il voto, così come è stato formulato, sia accolto dal Consiglio regionale.

PRESIDENTE: La discussione generale è chiusa. E' stato presentato un *ordine del giorno*, a firma di Mayr, Pasquali, Steger e Marziani, che leggo:

« Il Consiglio regionale della Regione Trentino - Alto Adige,

preso atto dell'importanza economica e delle ripercussioni su tutti i settori della produzione agricola, di una produzione indirizzata verso prodotti pregiati e di qualità, verso la stabilità dei prezzi, ricerche di mercato, e delle possibilità di collocamento tramite apposite organizzazioni di produttori.

impegna la Giunta regionale ad intervenire presso il Governo per ottenere che questo, nel quadro dei provvedimenti della Comunità europea economica, emani sollecitamente su scala nazionale norme tendenti alla costituzione di associazioni di produttori a tutti i livelli della produzione agricola, non limitate al set-

tore frutticolo, ma estese altresì al settore vitivinicolo, del latte, delle carni ecc. ».

Metto in discussione questo ordine del giorno.

Chi chiede la parola? La parola al consigliere Mayr.

MAYR (S.V.P.): Ich glaube, der Herr Kollege Manica hätte diese Tagesordnung auch ohne weiteres mitunterzeichnen können, denn...

(Unterbrechung).

MAYR (S.V.P.): Può firmarlo ancora, se vuole!

Es handelt sich um folgendes: Die Regionalregierung sollte bei der Zentralregierung nicht nur mit diesem Begehrensantrag intervenieren, sondern auch dafür, daß die Zentralregierung endlich und zwar umgehend entsprechende Gesetzesbestimmungen und Normen erläßt, welche die Errichtung der sogenannten Erzeugergemeinschaften und Organisationen vorsehen nicht nur, wie jetzt, für den Obstbau allein, sondern auch für die anderen Wirtschaftssektoren in der landwirtschaftlichen Produktion: Milch, dann Fleischproduktion — Italien muß ja ungefähr um 600 Millionen Lire Fleisch importieren — und dann auch auf dem Sektor Wein. Ich glaube, daß das besonders auch für Südtirol seine Bedeutung hat, wenn wir daran denken, daß auf dem Milchsektor noch sehr unterschiedliche Preise sind, daß dabei die Transportkosten eine bedeutende Rolle spielen und daß vielleicht in einer Erzeugergemeinschaft alle diese Schwierigkeiten überwunden werden könnten. Vor allem aber glaube ich, kann heute und im Hinblick auf die Ausrichtung der EWG-Verordnungen und der EWG-Politik, die Qualität in der Produktion und die

Frage des gesicherten Preises, dann die Möglichkeit der Stützungsmaßnahmen und dann wiederum die Werbung auf der einen Seite und die Erforschung des Marktes, des Absatzes und der Vermarktung nur durch die Erzeugergemeinschaften durchgeführt werden, die aber heute nur auf dem Sektor Obstbau besteht: Wir haben in Südtirol zwei Erzeugergemeinschaften mit etwa 80 bis 85% der gesamten Obstproduktion. Es fehlen aber zur Zeit noch die Erzeugergemeinschaften für den Sektor Weinbau, Viehwirtschaft und Milchwirtschaft. Ich möchte dabei, was die Weinwirtschaft anbelangt, mit dem Herrn Assessor nicht ganz übereinstimmen, wenn er sagt, die EWG-Gemeinschaft läßt den Anbau von neuen Weinbauanlagen nicht mehr zu, es stimmt allerdings, daß sie hier Beschränkungen getroffen hat. Allerdings steht auch in der entsprechenden EWG-Verordnung, daß dort, wo der Weinbau eine primäre Wirtschaftsquelle für die gesamte Landwirtschaft darstellt, noch die Erweiterung und die Intensivierung des Weinbaues möglich ist und zugelassen wird. Ich muß das hier irgendwie festhalten, weil ich sehr daran interessiert bin, daß morgen die 100 Hektar Montiggler-Wald eben in Weinkulturen umgewandelt werden. So, glaube ich, kann für diese Initiative jedenfalls die Ausnahmebestimmung der EWG-Verordnung noch beansprucht werden, die eben sagt: In jenen Gebieten, in denen der Weinbau in der Landwirtschaft bzw. in der Gesamtwirtschaft die ausschlaggebende Richtlinie oder Haupteinnahmsquelle darstellt oder zumindest vorwiegend, ist der Anbau von Wein noch gestattet. Das, glaube ich, dürfte uns morgen noch zugute kommen!

(Credo che il collega Manica avrebbe potuto firmare senz'altro quest'ordine del giorno...)

Interruzione.

MAYR (S.V.P.): . . . può firmarlo ancora se vuole!

La Giunta regionale non dovrebbe intervenire presso il Governo centrale soltanto con questo voto, ma dovrebbe invitare pure lo stesso ad emanare provvedimenti legislativi e norme, che permettano l'istituzione, come per la frutticoltura, delle cosiddette Unioni dei produttori per tutti i settori economici della produzione agricola, vale a dire per quella del latte, della carne — l'Italia deve importare infatti carne per circa 600 milioni di lire —, nonché per il settore viticolo. Credo che simile atto assumerebbe per l'Alto Adige notevole importanza, se si considera che nel settore lattiero non sussiste ancora l'unità di prezzo, che i costi di trasporto incidono notevolmente sui prezzi stessi e che infine con l'istituzione delle Unità dei produttori si riuscirebbe forse a superare tutte queste difficoltà. Soprattutto però ritengo che in considerazione delle indicazioni contenute nei decreti del MEC, nonché della politica di predetta Comunità, soltanto le organizzazioni dei produttori, che esistono per il solo settore della frutticoltura, potrebbero curare la qualità produttiva, risolvere il problema del prezzo garantito, offrire la possibilità di attuare efficaci misure di sostenimento, svolgere le varie azioni pubblicitarie ed infine, provvedere alle ricerche di mercato nel settore dello smercio e della commercializzazione. In Alto Adige disponiamo di due Unioni di produttori, che comprendono l'80-85% della produzione della frutta, mentre il settore viticolo, zootecnico e lattiero sono tuttora sprovvisti di suddette organizzazioni. Per quanto concerne però la viticoltura non condivido l'opinione del signor assessore, secondo cui la Comunità Economica Europea non permetterebbe più l'impianto di

nuovi vigneti, tuttavia risponde a verità che a tal proposito sono state adottate misure restrittive. Nel relativo decreto della menzionata Comunità si legge comunque che nelle zone, in cui la viticoltura rappresenta la fonte principale dell'economia del settore agricolo, è permesso intensificare suddetta attività viticola. Desidero fare questa osservazione, in quanto sono molto interessato al fatto che un domani si provveda a trasformare in località Monticolo i 100 ettari di bosco in vitigni. Per detta iniziativa credo si possa invocare la norma d'eccezione del menzionato decreto del MEC che prevede: In quelle zone in cui la viticoltura rappresenta la componente principale o prevalente del settore agricolo, nella fattispecie dell'economia in genere, è permesso incentivare la coltivazione dei vitigni. Credo proprio che un domani ciò possa tornarci a profitto!)

PRESIDENTE: C'è qualcun altro che chiede la parola? La parola all'assessore.

ONGARI (Assessore agricoltura - D.C.): Solo per dire che la Giunta è perfettamente d'accordo con lo spirito contenuto nell'ordine del giorno. Auspichiamo anche noi che vengano create le associazioni dei produttori per tutti i settori. Eventualmente, dal punto di vista formale, fermerei l'ordine del giorno dove dice « frutticolo », nient'altro.

PRESIDENTE: Metto in votazione l'ordine del giorno preletto: unanimità.

Ora veniamo agli emendamenti. Sono stati proposti degli emendamenti al voto a firma di Virgili, Gouthier, Tanas.

La parola all'assessore, sugli emendamenti.

ONGARI (Assessore agricoltura - D.C.): Gli emendamenti distribuiti ieri sono stati letti attentamente dalla Giunta. Ora, se non per tutti, almeno per una buona parte, la Giunta concorda nella sostanza, però preferirebbe una formulazione diversa. Ieri qualche gruppo ha espresso anche il desiderio, se ci sono emendamenti migliorativi, di associarsi; e allora io chiederei dieci minuti di sospensione per poter concordare e eventualmente presentare gli emendamenti da parte di giù gruppi, se il cons. Virgili è d'accordo.

PRESIDENTE: Va bene, allora la seduta è sospesa per 10 minuti.

(Ore 11.17).

Ore 11.38.

PRESIDENTE: La seduta riprende. Io pregherei di comunicare se l'accordo è stato raggiunto.

Emendamenti al Voto.

Dopo le parole « nell'ambito nazionale » sostituire il testo con il seguente « come in quello comunitario, mediante una efficiente programmazione e la modifica dei regolamenti della CEE, anche in ordine alle peculiari esigenze regionali, di modo che . . . », e continua, a firma di tutti quanti i rappresentanti dei gruppi politici.

Allora posso mettere in votazione questo emendamento.

Chi è d'accordo prego alzi la mano? Unanimità.

Integrare il paragrafo b): « con particolare riguardo alle piccole e medie aziende che operano la riconversione ».

Chi è d'accordo? Unanimità.

Terzo emendamento, lettera a), dopo « produttori » completare come segue « e venga comunque assicurato un prezzo di intervento per i prodotti ritirati dal mercato che copra almeno i costi effettivi di produzione ».

Chi è d'accordo? Unanimità.

Sostituire al punto d) la parola « stabilimenti » con « impianti pubblici ».

Chi è d'accordo? Unanimità.

Aggiungere il paragrafo f): « Il Governo consenta all'Ente Regione, di concerto con l'istituto per il commercio estero, una propria iniziativa autonoma tesa ad aprire possibilità dirette di esportazione della produzione frutticola nei Paesi d'Europa, che offrono maggiori possibilità di consumo ».

Chi è d'accordo? Unanimità.

A questo punto, esauriti gli emendamenti, si può prendere la parola per dichiarazione di voto, perché poi dovremo mettere ai voti per scrutinio segreto tutto il Voto emendato. Chi chiede la parola per dichiarazione di voto? Nessuno. Prego distribuire le schede.

(Segue votazione a scrutinio segreto).

Esito della votazione:

Votanti 37

37 sì.

Il voto n. 2 è stato approvato ad unanimità.

Passiamo al prossimo punto dell'ordine del giorno: « **Mozione dei cons. reg. Virgili, de Carneri, Gouthier sulla necessità di miglioramenti nel trattamento economico e normativo del personale dell'O.N.A.I.R.C.** » (n. 23).

Leggo la mozione:

Il Consiglio regionale del Trentino - Alto Adige,

preso atto delle proposte di legge n. 1361 e n. 2881 di iniziativa della quasi totalità dei

gruppi parlamentari, aventi per oggetto lo scioglimento o il riordinamento dell'ONAIIRC onde sanare una situazione del tutto anacronistica;

rilevato che i disegni di legge, pur proponendo diverse soluzioni per quanto riguarda la assegnazione dei beni dell'ONAIIRC esistenti nelle province di Trento e Bolzano, riconoscono entrambi l'esigenza e l'urgenza di modificare l'attuale stato di cose ed in particolare la necessità di sostanziali miglioramenti nel trattamento economico e normativo del personale;

tenuto presente che tale norma permetterebbe alle Province autonome e agli enti locali di poter applicare il principio dell'assoluta gratuità prevista dalla legge sull'ordinamento della scuola materna statale n. 444/1968;

e s p r i m e

la propria solidarietà al personale dipendente dell'ONAIIRC, in continuo stato di agitazione per ottenere giuste condizioni salariali e normative;

i m p e g n a

la Giunta regionale a farsi interprete presso il Governo e presso gli organi del Parlamento della volontà espressa dai dipendenti dell'ONAIIRC, dalle loro organizzazioni sindacali, dagli enti locali e dalle famiglie degli alunni, affinché si affrontino con urgenza tali proposte di legge ed altre eventuali analoghe iniziative, onde normalizzare la situazione in tale delicato e importante settore.

Faccio presente che il regolamento prescrive che nella discussione sulle mozioni può intervenire un solo consigliere per ciascun gruppo consiliare, e ha, salvo il primo firmatario, la facoltà di parlare per 20 minuti.

Chi chiede la parola? La parola al consigliere Virgili.

VIRGILI (P.C.I.): Signor Presidente, signori consiglieri. La commissione interni della Camera dei deputati, convocata in sede deliberante, è stata chiamata ad esaminare due proposte di legge riguardanti l'opera nazionale di assistenza all'infanzia delle Regioni di confine. La prima è la 1361, presentata il 23 aprile 1969, da deputati del P.C.I., della S.V.P., del partito socialista, dello P.S.I.U.P., P.S.D.I., P.R.I., P.L.I. e dagli indipendenti raccolti nel gruppo misto, e concernente lo scioglimento dell'ONAIIRC. La seconda, la 2881 presentata il 1. dicembre del 1970, ben 20 mesi dopo la prima, dai deputati della D.C., a dire il vero sostenuta soltanto fino ad ora dal M.S.I., che prevede il semplice riordinamento di questo ente. L'ONAIIRC, noi sappiamo, è il più imponente complesso prescolare del paese, salvo quello della scuola materna di Stato, che opera nella Regione del Friuli Venezia Giulia e del Trentino - Alto Adige. Gestisce oltre 314 scuole materne e sperimentali, frequentate da circa 16.000 bambini, destinate all'addestramento in istituti per l'educazione dell'infanzia e dell'adolescenza, oltre a istituti magistrali e di perfezionamento tecnico e didattico per insegnanti. Questo ente fu creato nel 1919, dopo il primo conflitto mondiale (allora si chiamava ONAIR: opera nazionale di assistenza all'Italia redenta) ed eretta nel '24 in ente morale dal fascismo che la utilizzò per un'opera di snazionalizzazione presso le minoranze nazionali conviventi sul territorio delle due Regioni di confine. Retta allora da uno statuto dal carattere nettamente antidemocratico, lo conserva ancora: soltanto che il consiglio di amministrazione, invece di essere nominato dalla duchessa di Aosta, ora è nominato dalla Presidenza del Consiglio dei ministri che vi provvede con la esclusione ancora della partecipazione degli enti locali, che danno un lauto contributo finanziario

all'opera, e senza controllo — nonostante si chiami ente di diritto pubblico — da parte dello Stato e da parte degli enti locali. Il bilancio di questo ente — più volte oggetto di severe critiche da parte della Corte dei conti — è costituito da un contributo annuale dello Stato di 800 milioni, da un contributo dei comuni dove esistono scuole materne per 300.000 lire ogni sezione oltre alla spesa di mantenimento ed attrezzatura delle scuole, da un contributo delle Province, dalle entrate provenienti dalle rette che vanno dalle 3.500 alle 5.000 e anche 7.000 mensili. E tutto ciò nonostante che la legge 444 dello Stato sull'ordinamento della scuola materna introduca il principio dell'assoluta gratuità del servizio. La cosa più grave, a fianco di questi alti costi di frequenza per le famiglie dei lavoratori, è quella riguardante il trattamento del personale insegnante ed ausiliario, oltre che amministrativo, occupato nell'ente. Si tratta di circa un migliaio di persone, il cui trattamento economico è mediamente inferiore del 45% di quello del corrispondente personale dipendente dallo Stato o dagli enti locali. Siamo quindi di fronte a un ente di diritto pubblico che è gestito ed amministrato però con criteri strettamente privatistici, al di fuori di ogni controllo malgrado i cospicui contributi dello Stato e degli enti locali. Di fronte ad un ente che da anni, nel trattamento economico e normativo del personale, dalla cui capacità e dedizione dipende il buon andamento della scuola materna, viola la legislazione dello Stato. Di un ente che si regge sul sacrificio ingiusto imposto alle famiglie, al personale, agli enti locali, in base a criteri decisi in modo insindacabile da privati in merito ad uno Statuto che abbiamo già detto antidemocratico. E fu tutto questo che il 28 aprile del 1966, diversi anni fa, portò lo stesso rappresentante del Governo ad affermare dinanzi alla commissione interni della Camera dei deputa-

ti: « Quando si istituirà la scuola materna di Stato, quell'opera potrà essere assorbita ».

Ora, l'ordinamento della scuola materna di Stato sappiamo che c'è, ma l'ONAIRC continua ad esistere nonostante non debba più assolvere alla incostituzionale funzione di snazionalizzazione delle minoranze etniche, non esistano simili istituzioni in nessun'altra Regione di confine del Paese, e le nostre Province abbiano competenza legislativa nel settore della scuola materna. E' questa, mi pare, una consapevolezza comune, per taluni aspetti, alle due proposte di legge parlamentari le quali però si diversificano profondamente nei loro contenuti e nelle loro soluzioni, in quanto: quella democristiana, disattendendo sia i principi ispiratori della legge 444, sia le potestà delle Province e delle Regioni, si limita a proporre un semplice riordinamento dell'ente; mentre la proposta di legge di tutti gli altri gruppi parlamentari — con la sola esclusione, ribadisco, del M.S.I. — si propone lo scioglimento dell'ONAIRC, il trasferimento dei beni di proprietà dell'opera alle Province di Trento e Bolzano e alle Regioni interessate, il trasferimento del personale dipendente con l'adeguamento del trattamento economico e normativo a quello dello Stato, assieme ad un aumento del contributo allo Stato dagli 800 milioni attuali ad 1 miliardo. Noi comunisti, e non siamo i soli, siamo convinti della utilità di sciogliere questo ente inutile e di dare invece potestà alle Province per un servizio pubblico e gratuito all'infanzia. Da questo principio, da questo interesse di fondo, noi siamo stati mossi nel presentare l'attuale mozione che, a dire il vero, non è pienamente conseguente nella sua parte impegnativa a quanto detto — perché è chiara la nostra volontà dello scioglimento — ma che consideriamo uno strumento per consentire il confronto politico tra gli schieramenti presenti nel Consiglio su

questa materia. Sappiamo che in merito si sono già venute esprimendo anche posizioni diverse, tra le forze politiche che qui sono rappresentate, e che in un certo senso direi sono conseguenti alle posizioni che già ho cercato di caratterizzare e che si ritrovano nei due diversi progetti di legge giacenti di fronte alla camera dei deputati. Noi auspichiamo che anche da parte della D.C. si sappia guardare con molto realismo, con molta concretezza a quella che è la realtà di questo ente, di questo istituto nell'ambito del territorio, e alle funzioni effettive che esso deve assolvere, senza venire meno, ripeto, alla piena valorizzazione proprio di quel momento autonomistico della nostra Regione, delle nostre Province, che più volte invece è stato richiamato ed utilizzato con altri fini, con altri scopi che non sempre corrispondevano indubbiamente al valore della nostra autonomia e al suo reale rafforzamento. Noi crediamo che non sia giusto riconsiderare ancora tanti istituti come questi alla stregua dell'attività puramente assistenziale, pietistica, clientelare e demagogica come nel passato è avvenuto, ma che sia necessario compiere un atto di giustizia nei confronti delle popolazioni — e non soltanto nella provincia di Bolzano ma pure nelle altre province di confine e anche di quella di Trento — ed in modo particolare assecondare, con un preciso atto politico e una precisa volontà politica, una spinta che è venuta da parte degli enti locali, dei sindacati, del personale. Spinta che è d'altra parte codificata, direi, almeno dal punto di vista dei principi, nella stessa legge 444 dello Stato sull'ordinamento della scuola materna nazionale. Cercare di andare, anche in questo campo, verso una riforma radicale che consenta di valorizzare a pieno le nostre potestà, significa quindi sciogliere questo organismo, assegnare e utilizzare tutti quanti gli strumenti e

le competenze alle province autonome di Trento e di Bolzano.

PRESIDENTE: Chi chiede la parola su questa mozione? La parola al Presidente Magnago.

MAGNAGO (S.V.P.): Mit dieser Motion wird eine Besserbehandlung des Personals verlangt, das bei der O.N.A.I.R.C. angestellt ist und wenn der Text so bleibt, wie er ist, so könnte der Eindruck erweckt werden, daß man hier eine Stärkung, eine Potenzierung der O.N.A.I.R.C. anstrebt, denn man verlangt eine Besserstellung des Personals und das gehört ja auch zur Förderung der O.N.A.I.R.C. selbst.

Nun möchte ich voraussetzen, daß der Landesausschuß von Bozen einen Beschluß gefaßt hat und zwar einstimmig, der wie auch beschlossen wurde an den Herrn Ministerpräsidenten Colombo und an den Präsidenten der zuständigen Senatskommission übermittelt wurde — ich meine jene Senatskommission, die die Gesetzentwürfe Nr. 1361 und 2881 behandelt. Nun sage ich, hat der Landesausschuß einstimmig einen Beschluß gefaßt, mit welchem er — Landesausschuß — die Auflösung der O.N.A.I.R.C. in der Provinz Bozen verlangt hat — für die ganze Region ist er ja nicht zuständig — und dieser Beschluß wurde, wie schon gesagt, dem Herrn Ministerpräsidenten und dem Präsidenten der zuständigen Senatskommission übermittelt.

Ich möchte noch voraussetzen, daß der Gesetzentwurf Nr. 1361 welcher den « scioglimento dell'Opera Nazionale di Assistenza all'Infanzia delle Regioni di Confine - O.N.A.I.R.C. » verlangt, von den Abgeordneten Mitterdorfer und Dietl mitunterschrieben worden ist also von zwei Abgeordneten der

Partei, die unserer Gruppe angehören, die ich in diesem Moment vertrete, weil unser Fraktionsführer heute nicht hier sein kann.

Das möchte ich alles vorausgesetzt haben. Somit müssen wir erklären, daß wir nur einverstanden sein können mit dieser Motion unter der Voraussetzung, daß Zusatzabänderungen, die ich in Vorschlag bringen und dem Präsidenten des Regionalrates unterbreiten werde, angenommen werden.

Und unsere Zusatzvorschläge sind folgende: Der erste Teil der Motion geht gut für uns also der erste Absatz: « preso atto delle proposte... » - in Ordnung; « rilevato che i disegni di legge... » - in Ordnung; « tenuto presente che tale norma... » - in Ordnung; dann kommt: « esprime la propria solidarietà al personale dipendente dell'O.N.A.I.R.C. » und hier reichen wir einen Abänderungsantrag ein, der folgendermaßen lautet: « esprime la propria solidarietà: a) alla richiesta della Provincia autonoma di Bolzano di sciogliere l'O.N.A.I.R.C. nel territorio della Provincia in quanto la sua presenza è in contrasto con la competenza legislativa secondaria dell'attuale Statuto e primaria nel nuovo Statuto già approvato dalla Camera dei Deputati e con il passaggio dell'amministrazione della scuola alla Provincia di Bolzano ivi previsto ». Also « esprime la propria solidarietà: a) ... » und kommt obiger Text: dann b) « al personale dipendente dell'O.N.A.I.R.C. ... » und dann geht es weiter, wie hier; also: « esprime la propria solidarietà: a) habe ich vorgelsen; b) — und dann geht es weiter — al personale dipendente dell'O.N.A.I.R.C. in continuo stato di agitazione per ottenere giuste condizioni salariali e normative; » das ist dann b) - einverstanden! Dann heißt es: « i m p e g n a la Giunta regionale a farsi interprete presso il Governo e presso gli organi del Parlamento della volontà

espressa » und da machen wir einen Zusatzantrag: Inserire dopo la parola: volontà espressa (im letzten Absatz) « dalla Provincia autonoma di Bolzano per quanto concerne lo scioglimento dell'O.N.A.I.R.C. » und dann geht es weiter « e dai dipendenti dell'O.N.A.I.R.C., dalle loro organizzazioni sindacali » usw.

Wir können also mit dieser Motion nur einverstanden sein und für diese Motion stimmen, wenn diese beiden Abänderungsanträge, die ich jetzt vorgelesen habe, angenommen werden, denn ich glaube, daß wir bei dieser Gelegenheit doch das sagen müssen, was der Landesausschuß von Bozen mit einem Beschluß einstimmig beschlossen hat und was er auch von der Regierung verlangt hat.

(Con la presente mozione si richiede un miglioramento del trattamento economico del personale dell'O.N.A.I.R.C., ma mi si permetta fare presente che il relativo testo desta l'impressione che si voglia potenziare l'ONAIROC, in quanto con il medesimo si auspica una migliore sistemazione del personale, la qual cosa significa favorire lo sviluppo di suddetto Ente.

Vorrei innanzitutto premettere che la Giunta provinciale di Bolzano ha approvato all'unanimità una delibera, che è stata inviata al Presidente del Consiglio dei Ministri Colombo, nonché al Presidente della competente commissione del Senato — intendo la commissione che sta esaminando i disegni di legge n. 1361 e 2881 —, richiedendo, limitatamente per la Provincia di Bolzano, lo scioglimento dell'O.N.A.I.R.C., non essendo suddetto organo esecutivo competente per tutto il territorio regionale.

Vorrei altresì fare presente che il disegno di legge n. 1361, relativo allo scioglimento dell'Opera Nazionale di Assistenza all'Infanzia delle Regioni di Confine - O.N.A.I.R.C., è sta-

to firmato pure dagli onorevoli Mitterdorfer e Diell, dunque da due deputati del nostro gruppo, che rappresento in questa sede assumendo le veci del nostro capogruppo, che non ha potuto presenziare a questa seduta.

Ciò è quanto desideravo premettere in merito a questa mozione, che non potremmo approvare, qualora il Consiglio non accettasse le modifiche che inoltreremo ora al signor Presidente di questa assemblea.

La prima parte del documento in parola, dunque il primo capoverso in cui si legge: « preso atto della proposta... », va bene; « rilevato che i disegni di legge... » va bene; « tenuto presente che tale norma... » va bene; poi prosegue: « esprime la propria solidarietà al personale dipendente dell'O.N.A.I.R.C. », e qui proponiamo una modifica del seguente tenore: « esprime la propria solidarietà: a) alla richiesta della Provincia autonoma di Bolzano di sciogliere l'O.N.A.I.R.C. nel territorio della Provincia, in quanto la sua presenza è in contrasto con le competenze legislative secondarie dell'attuale Statuto e primarie del nuovo Statuto già approvato dalla Camera dei Deputati e con il passaggio dell'amministrazione della scuola della Provincia di Bolzano ivi previsto ». Dunque ripeto: « esprime la propria solidarietà: a) ... » e qui va inserito il testo di cui sopra, mentre sul punto b) che dice: « al personale dipendente dell'O.N.A.I.R.C. in continuo stato di agitazione per ottenere giuste condizioni salariali e normative », concordiamo pienamente. La mozione però prosegue: « i m - p e g n a la Giunta regionale a farsi interprete presso il Governo e presso gli organi del Parlamento della volontà espressa », e qui proponiamo di aggiungere dopo le parole: volontà espressa (all'ultimo capoverso) « dalla Provincia autonoma di Bolzano, per quanto concerne lo scioglimento dell'O.N.A.I.R.C. » ed inoltre

« e dai dipendenti dell'O.N.A.I.R.C., dalle loro organizzazioni sindacali » ecc.

Noi pertanto voteremo a favore della presente mozione, a condizione che si accettino le due proposte di modifica testé lette, in quanto ritengo che in questa occasione sia da parte nostra doveroso menzionare la delibera approvata all'unanimità dalla Giunta provinciale di Bolzano, nonché la richiesta avanzata a tal proposito al Governo centrale.)

PRESIDENTE: Prima di dare la parola ad altri, vorrei chiedere al presentatore se lui è d'accordo con questo emendamento.

VIRGILI (P.C.I.): Sono d'accordo, signor Presidente, con le modifiche da apportare al testo della mozione. Ci riserviamo però di fare alcune proposte di aggiunta a quelle modificazioni stesse, in quanto ci sembrano opportune proprio perché siamo in presenza di una mozione che viene espressa dal Consiglio regionale, che ha quindi una sua competenza su tutto il territorio, e non vorremmo che venga circoscritto. Noi ci troviamo perfettamente d'accordo con lo spirito di quanto sottolineato dal cons. Magnago, ma vogliamo che la stessa richiesta abbia una sua forza e validità anche per la provincia di Trento.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Magnago.

MAGNAGO (S.V.P.): Ich kann natürlich nicht im Namen der Provinz Trient sprechen. Ich kann nur den Willen des Landesausschusses von Bozen vorbringen, weil ich nicht zuständig bin für die Provinz Trient. Das woll-

te ich gesagt haben! Die Provinz Trient, wenn sie hier nicht hineinkommt, die kann ja auch als Landtag einen Beschluß fassen; das weiß ich nicht. Ich weiß auch nicht, ob die Provinz Trient nicht schon einen ähnlichen Beschluß gefaßt hat; darüber kann ich nicht befinden!

(Naturalmente non posso parlare a nome della Provincia di Trento. A me è soltanto consentito esprimere la volontà della Giunta provinciale di Bolzano, in quanto, sia ben chiaro, quella di Trento non rientra nelle mie competenze. La Provincia di Trento infatti non viene citata in questa mozione, ma il rispettivo Consiglio provinciale potrà sempre approvare una delibera. Non so veramente se l'organo legislativo trentino abbia già approvato un simile documento; io comunque non ho la facoltà di esprimermi in merito!)

PRESIDENTE: Comunque proseguiamo nella discussione generale. La parola al cons. Sfondrini.

SFONDRINI (Segret. questore - P.S.I.): Poche parole in aggiunta all'opinione già espressa dal Presidente Magnago, il quale ha detto che la Giunta provinciale di Bolzano ha preso in merito a questo problema una sua propria posizione, inviando al Presidente del Consiglio un suo parere circa i due disegni di legge che sono giacenti alla commissione competente del Senato. In effetti ribadisco anch'io che la mozione presentata dai colleghi comunisti prende le mosse dallo stato di agitazione che si è determinato nel personale dipendente dall'ONAIIRC, in provincia di Bolzano e in provincia di Trento, a causa della sua situazione normativa a causa del trattamento economico che è inadeguato rispetto a quello che è il trattamento eco-

nomico previsto dalla legge nazionale sulle scuole materne. E bisogna dire la verità che nella nostra provincia questo fatto ha determinato dei seri inconvenienti, proprio perché il personale, non vedendo una prospettiva futura sicura, non vedendo un trattamento economico adeguato a breve scadenza, si è posto in uno stato di agitazione e in molti casi ha scioperato, determinando delle difficoltà notevoli nella popolazione della provincia stessa. Diciamo subito che per quanto riguarda la provincia di Bolzano, il problema della scuola materna è un problema che rimane ancora aperto, perché quanto prevede il punto 2) dell'art. 12 dello Statuto, è rimasto lettera morta, in quanto lo Stato non ha provveduto ad emanare le norme di attuazione. Infatti la legge presentata dalla Giunta provinciale già nel 1955 che riguardava l'ordinamento delle scuole materne provinciali, fu impugnata dal Governo e accolta dalla Corte costituzionale. Siamo quindi rimasti in una situazione abnorme, pur avendo competenza secondaria. Rimane soltanto un impegno da parte del Presidente del Consiglio di allora, on. Rumor, il quale avrebbe assicurato alla Giunta provinciale che avrebbe provveduto nel prossimo futuro a riordinare la materia, a dare una soluzione al problema. Ora la Giunta provinciale si è trovata di fronte a due disegni di legge, che sono stati accennati dagli interventi dei colleghi che mi hanno preceduto, cioè il disegno di legge n. 2881 e il disegno di legge 1361. Mentre il primo disegno di legge prevede in sostanza il mantenimento ed il potenziamento dell'ONAIIRC e quindi la permanenza della situazione di fatto, tranne la modifica di alcune cose che riguardano il consiglio di amministrazione ed altre questioni, l'altro disegno di legge, che è firmato da alcuni deputati della Provincia, Dietl, Mitterdorfer, che porta la firma di deputati della zona in cui ope-

ra l'ONAIIRC, Fortuna, ed altri fra i quali l'on. Scotoni, e quindi anche un deputato del Trentino, prevede la soppressione dell'ONAIIRC nelle province di Trento e di Bolzano e nelle altre province in cui opera e prevede il passaggio a sua volta del personale per quanto riguarda le altre Regioni, Friuli - Venezia Giulia, allo Stato, mentre per quanto riguarda le province di Bolzano e Trento, alle province medesime. Quindi c'è stata una presa di posizione chiara, da parte della Giunta provinciale, che sostiene questo secondo disegno di legge, cioè il disegno di legge di scioglimento dell'Opera nazionale assistenza all'infanzia, in quanto il pacchetto preve competenza primaria della materia, e non si vorrebbe trovare ad operare un ente, in una provincia in cui la competenza sarà primaria, un ente dicevo, autonomamente distaccato, senza nessun controllo degli enti locali. Quindi, per essere coerenti con la presa di posizione della Provincia, è opportuno emendare questa mozione, in quanto questa mozione rappresenta solamente un fatto che nasce da una situazione di disagio economico, normativo, che si è determinato nel personale dipendente dall'ONAIIRC, ma lascia le cose così come sono. Quindi è giusto per essere coerenti, per la presa di posizione che ormai l'amministrazione provinciale di Bolzano ha preso, che essa venga emendata nel senso proposto dal Presidente Magnago. Nulla in contrario se la Giunta regionale è disposta ad accettare gli emendamenti aggiuntivi che investono anche una decisione della provincia di Trento, in modo che finanziando le Province, le quali avranno nel futuro competenza primaria in materia, il controllo venga trasferito all'ente che è preposto a questa materia.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la pa-

rola? Ha facoltà di parlare ogni gruppo politico.

La parola al cons. Sembenotti.

SEMBENOTTI (P.P.T.T.): Solo per dire che, sentita adesso la proposta del cons. Magnago circa l'emendamento, ossia il completamento di questa mozione, noi saremmo dell'avviso che venisse inserita anche la provincia di Trento. E' bensì vero che la Giunta provinciale di Bolzano ha fatto la sua esplicita richiesta, basandosi su quanto stabilito dal « Pacchetto »; però, indipendentemente da questo, ossia dalla formalità della presa di decisione della Giunta o meno, noi saremmo d'accordo che il testo venisse modificato in modo tale da far apparire anche la provincia di Trento. Cioè la mozione dovrebbe riguardare, secondo noi, tutto il territorio della Regione, preso pur atto appunto della differente situazione che si è creata per la decisione già assunta dalla provincia di Bolzano.

Perciò noi siamo d'accordo con questa mozione purché venga modificata in tal senso.

PRESIDENTE: Chi chiede la parola? La parola al cons. Agostini.

AGOSTINI (P.L.I.): Signor Presidente, signori colleghi. Anzitutto devo rettificare le dichiarazioni del cons. Virgili quando ha detto che la proposta di legge 1361, a firma Lizzero ed altri, era stata anche firmata da parlamentari del P.L.I. Questo non corrisponde al vero, in quanto la proposta di legge non porta alcuna firma di deputati liberali. Ma a prescindere da ciò... qui non si capisce niente Presidente...

Ma a prescindere da ciò, desidero qui, per ragioni di verità, fare un discorso che va al di

la del contenuto di questa mozione. E' vero che l'ONAIIRC non funziona, e lo dimostra anche il contenuto di questa mozione. L'ONAIIRC non è più all'altezza della situazione, non agisce certamente in un regime di apertura come dovrebbe avvenire oggi. Se c'è stata infatti una opposizione a questo disegno di legge, tutt'ora all'esame del Parlamento, questa è venuta proprio da chi oggi gestisce l'ONAIIRC, e non ho difficoltà a dichiarare, in particolare, dalla D.C. e da parte del suo Presidente.

Il P.L.I. non ha firmato questa mozione, cioè il disegno di legge cui si riferisce questa mozione, perché è del parere che prima deve essere regolamentata e chiusa la questione sollevata dal collega Sfondrini. Ma in ciò si inserisce un altro discorso, il discorso della possibilità per i bambini di tutti i gruppi linguistici di essere ammessi, senza distinzione di lingua, a tutti gli asili e scuole materne della Provincia, perché non accada quanto è già avvenuto, purtroppo, recentemente, che bambini di lingua italiana non sono stati ammessi a scuole materne di lingua tedesca, non per insufficienza di posti, ma perché, appunto, di lingua italiana. I genitori di questi bambini avevano chiesto l'iscrizione a questi asili per poter far apprendere, fin dai primi anni, la lingua tedesca. E' questo il discorso politico che io faccio, che non è un discorso nazionalista; per questo motivo noi diciamo ai colleghi della S.V.P., i quali hanno anche proposto degli emendamenti, che il discorso dello scioglimento va posto in un secondo momento. Prima si risolve la questione della competenza. Per il momento noi diciamo che l'ONAIIRC deve essere ristrutturato e gestito in modo migliore da come lo è attualmente. Non è questo perciò il nostro un discorso nazionalista, ripeto, ma un discorso puramente tecnico, innanzitutto, e poi politico, nel senso cioè che debba es-

sere ammessa l'iscrizione alle future scuole materne, quando la competenza passerà alla provincia, a tutti i bambini senza discriminazione alcuna. Per questo motivo, pur accettando lo spirito di questa mozione, pur riconoscendo il gruppo liberale la necessità di uscire da questo empasse, cioè la ristrutturazione dell'ONAIIRC nella sua gestione, nella sua rappresentanza e nella sua funzione, non può che astenersi dalla votazione di questa mozione.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Pasquali.

PASQUALI (D.C.): Signor Presidente, a me pare che dal dibattito che si è svolto fino a questo momento, siano già emersi sufficienti motivi, per sollecitare un approfondimento di un tema così delicato, molto più importante da quanto il contesto della mozione e della sua illustrazione possa significare. Io credo che trattasi di materia di notevole rilevanza e che abbisogni di una sua presa di posizione, di un suo esame del tutto particolare e dettagliato, e dico subito, anche al fine di considerare l'opportunità di esaminare fino in fondo, il suo contenuto di principio, che coinvolge senza dubbio il futuro ordinamento delle scuole materne nelle province, in relazione alla competenza primaria che il pacchetto assegna, come risulti necessario addivenire ad un testo possibilmente concordato della mozione. Io non sto qui a riferirmi alle considerazioni che sono state fatte, perché la mia è una proposta formale di rinvio, proprio al fine di permettere a ciascuno dei nostri gruppi di approfondire con attenzione il problema delle competenze.

Faccio quindi una proposta di rinvio perché ci sia data la possibilità di esprimere una indicazione che sia ben precisa.

PRESIDENTE: C'è la proposta formale da parte del capogruppo della D.C. di rinviare la trattazione di questo argomento. Io devo metterla in votazione, chi acconsente al rinvio è pregato di alzare la mano: unanimità.

L'argomento è rinviato.

Signori consiglieri, a questo punto interromperci la seduta, per permettere ai capigruppo di riunirsi in una sala attigua, con il Consiglio di Presidenza, per trattare gli argomenti all'ordine del giorno.

La seduta dovrà essere rinviata, ci sono diversi impegni, e bisogna dar modo alle Commissioni legislative di svolgere il loro lavoro e di trattare le leggi che sono in discussione.

Così la Presidenza richiamerà il Consiglio regionale a domicilio.

La seduta è tolta.

(Ore 12.25).